

HOHE AUSZEICHNUNGEN

Am 8. Oktober wurden hohe Auszeichnungen an verdiente Mitglieder des NÖ Bauernbundes verliehen:

EHRENZEICHEN FÜR VERDIENSTE UM DAS BUNDESLAND NÖ:

Großes Ehrenzeichen:

Assistenzprofessor
Mag. Dr. Günter TRETENHAHN
Ehem. Bürgermeister der Marktgemeinde Bisamberg, stellvertretender Instituts- vorstand am Institut für physikalische Chemie der Universität Wien

Goldenes Ehrenzeichen:

Engelbert PICHLER
Bürgermeister der Markt- gemeinde Grimmenstein, Regionalrat der Raiffeisen- bank Wiener Alpen, Obmann des Wasserverbandes Pitten und des Abfallwirtschafts- verbandes im Bezirk Neunkirchen

Silbernes Ehrenzeichen:

Ökonomierat
Josef AIGNER

Kammerobmann a. D. der Bezirksbauernkammer Amstetten, ehem. geschäfts- führender Gemeinderat der Gemeinde Biberbach

Verdienstzeichen:

Kammerrätin
Eva WEIGL
Bezirksbäuerin des Bezirkes Mistelbach, Gemeinderätin der Marktgemeinde Ladendorf

BERUFSTITEL

Verleihung des Berufstitels „Regierungsrat“:

Alois ZECHMEISTER
Inspektionsrat der NÖ Landesregierung

EHRENZEICHEN FÜR VERDIENSTE UM DIE REPUBLIK ÖSTERREICH:

Goldenes Verdienstzeichen:

Landesrettungsrat
Gerhard SEIDL
Geschäftsführender Gesellschafter der CONFIDA Weitra Wirtschaftstreu- handgmbH und der Haus- schachen GmbH in Weitra

LK-Rechtsausschuss beriet zu Renaturierung und Steuern



EU-Renaturierung: Faire Abgeltung von Nachteilen ist gefordert.

Die EU-Renaturierungsver- ordnung, die neue Leitplan- nung für die Raumord- nung in Niederösterreich und die Einheitsbewertung ab 2032 waren die Hauptthemen des Ausschusses für Recht, Steuer, Soziales, Umwelt und Naturschutz der LK NÖ, der im September erstmals unter dem neuen Vorsitzenden, Landeskammerrat Martin Frühwirth, getagt hat.

Breit diskutiert hat der Ausschuss die Auswirkungen der EU-Renaturierungsver- ordnung auf das bäuerliche Eigentum. Weil zahlreiche Rechtsunsicherheiten beste- hen und die Finanzierung der Maßnahmen unsicher ist, haben sich die Ausschuss- mitglieder übereinstimmend auf folgende Ziele verständigt:

- die Erstellung seriöser fachlicher Grundlagen,
- die Einbindung der Grundeigentümer,
- ausschließlich auf Frei- willigkeit basierende Maß- nahmen (Vertragsnatur- schutz) und
- eine faire Abgeltung von Nachteilen.

Der zweite intensiv debat- tierte Punkt war die neue Leitplanung mit insgesamt 20 regionalen Raumord- nungsprogrammen für ganz Niederösterreich. Darin sind erstmals agrarische Schwer- punkträume enthalten, wel- che nach Auffassung des LK-Rechtsausschusses noch

erweitert werden sollten. Die geplanten multifunktionalen Landschaftsräume sollen auf Initiative der bäuerlichen Inter- essenvertretungen gestri- chen werden.

Bei der „Baumhaftung neu“ bringt die Anwendung der allgemeinen Beweislast- regeln zum Schadenersatz gesetzliche Erleichterungen. Für Unklarheiten sorgt aller- dings eine OGH-Entschei- dung zur Wegehalterhaftung auf einer Forststraße. Die Landwirtschaftskammer wird den weiteren Verlauf dieser Rechtssache genau verfolgen und dann über weitere Schrit- te entscheiden.

Im Sozial- und Arbeits- recht standen Fragen zu Lei- stungen aus der Elternschaft im Zentrum – insbesondere Vollzugsprobleme beim Wo- chengeld und Erfolge beim Familienzeitbonus („Papa- monat“) für Landwirte. Thema- tisiert wurde außerdem die Arbeitskräfteüberlassung mit Auslandsbezug.

Schließlich hat der Aus- schuss die Neuregelung der Einheitsbewertung ab 2032 sehr positiv beurteilt. Anstel- le der bislang jeweils stich- tagsbezogenen Bearbeitung aller Einheitswertaktenzei- chen („Große Hauptfeststel- lung“) ist künftig bei einer wesentlichen Änderung der Ertragsverhältnisse ein „au- tomatisches“ Verfahren („Rolloierende Bewertung“) vorgesehen.

Niederösterreicher haben hohe Erwartungen an Gemeinden

Im Vorfeld der NÖ Gemeinderatswahl 2025 hat der NÖ Gemeindebund mittels Umfrage die wichtigsten Anliegen der Landesbürger erhoben. Hier die Ergebnisse.

Arztpraxis und Nah- versorger im Ort, kein Tempo 30 im Ortsgebiet, das sind einige der wichtigsten Anliegen an die Gemeindepolitik, die der NÖ Gemeindebund kürzlich erhoben hat. Wie Johannes Pressl, Präsident des Niederösterreichischen und des Österreichischen Gemeinde- bundes, bei der Präsentation der Umfrageergebnisse am vergangenen Freitag in St. Pölten erläuterte, haben die Bürger eine „sehr hohe Er- wartungshaltung an die Ge- meinden“, denn laut der Umfrage haben die Nieder- österreicher ein höheres Ver- trauen in die Gemeinde- als in die Bundespolitik.

Nahversorgung stärkt die Lebensqualität

Die Gemeindepolitik kön- ne sich zwar „dem allgemei- nen Politikbild“ auf Europa-, Bundes- und Landesebene „nicht entziehen“, genieße aber noch sehr hohe Vertrau- enswerte, sagte Pressl. Studienleiter Christoph Hasel- mayer vom Institut für De- moskopie und Datenanalyse (IFDD) sprach von einer „Pattsituation“ in Niederös- terreich. 52 Prozent der Befragten haben Vertrauen in die Gemeindepolitik, 45 Pro- zent nicht. Deutlich geringer ist der Wert in Bezug auf die Bundespolitik: Hier stehen 25 Prozent mit Vertrauen 73 Prozent gegenüber. Die Maß- nahmen während der Coro- na-Pandemie haben für 38 Prozent auf Bundes- und 28 Prozent auf Gemeindeebene einen Einfluss auf das Wahl- verhalten. Gefragt nach zu-



Telemedizin könnte laut Gemeindebund-Präsident Johannes Pressl ein Ausweg aus dem Ärztemangel im ländlichen Raum sein.

sätzlichen Aufgaben, um die sich die Gemeinden verstärkt kümmern müssten, werden etwa die Finanzierung einer Arztpraxis sowie das Betrei- ben eines Nahversorgers, Bankomaten oder Postpart- ners von jeweils mehr als 40 Prozent genannt. Das erge- be ein „enormes Spannungsfeld“, da teilweise nicht die Zuständigkeit und schon gar nicht die Finanzierungsfä- higkeit für manche erwarteten Gemeindeleistungen bestehe, sagte Pressl, der auch Bürgermeister von Ar- dagger (Bezirk Amstetten) ist.

Zweitwohnsitze sollen finanziell beitragen

Sparpotenzial für die Ge- meindebudgets haben die Befragten vor allem bei der Weihnachtsbeleuchtung und Straßenbeleuchtung ab 22 Uhr, beim Carsharing und

Blumenschmuck gesehen. Drei Viertel der Befragten bezeichnen einen Zweit- wohnsitzer-Beitrag für die Nutzung der Gemeinde- infrastruktur als fair.

Den größten Einfluss auf das Wahlverhalten auf Ge- meindeebene haben der Um- frage zufolge Investitionen in Nahversorger, Straßen, öffentliche Verkehrsmittel und Freizeiteinrichtungen.

74 Prozent sind gegen Tempo 30 im Ortsgebiet

Gleichzeitig geben 69 Pro- zent an, Öffis in der Gemein- de nie oder selten zu nutzen. 24 Prozent der Befragten sprechen sich für generell 30 km/h im Ortsgebiet aus, 74 Prozent sind dagegen.

Die Befragten stehen mehrheitlich einer Leer- standsabgabe positiv gegen- über und orten zu viel Flä- chenversiegelung in ihrer

Gemeinde. Ohne Wachstum auch im ländlichen Raum sei die Infrastruktur nicht leistungsfähig und haltbar, gab Pressl zu bedenken. Als Alternativen nannte er 24-Stunden-Selbst- bedienungsläden, Paketbo- xen und Telemedizin.

84 Prozent sprechen sich – nach den jüngsten Über- flutungen – dafür aus, dass Flüssen mehr Raum für Hochwasser gegeben wird. Die Mehrheit der Befragten ist jedoch dagegen, dass dabei auch in Eigentumsrechte eingegriffen wird. In Bezug auf die Lebensumwelt und Gestaltungsmöglichkeiten – etwa beim Bodenverbrauch – werde man in einer Klima- wandel-Anpassungssituation in den Gemeinden „sehr, sehr viel restriktiver werden und werden müssen“, sagte Pressl.

Am 26. Jänner 2025 ist NÖ Gemeinderatswahl

In 568 der 573 Gemeinden in Niederösterreich wird am 26. Jänner 2025 gewählt. Die Umfrage sei eine „Standort- bestimmung“ und soll einen Diskussionsanstoß geben, hieß es. Die Themen seien dennoch unterschiedlich: „Es werden 568 eigenstän- dige Gemeinderatswahlen sein“, blickte Pressl voraus.

Befragt wurden im Auf- trag des Niederösterreichi- schen Gemeindebundes 2.400 Wahlberechtigte mit Hauptwohnsitz im Bundes- land. Untersuchungszeit- raum war die Woche der Nationalratswahl, also von 23. bis 29. September. Zur Anwendung kam Computer Assisted Web Interviewing.

Wer für die blau-gelbe Volkspartei künftig im Nationalrat sitzt

Die Volkspartei Niederösterreich ist im kommenden Nationalrat nur mehr mit zwölf Abgeordneten vertreten. Davon wieder sechs Bauernbündler.

Nach Auszählung aller Briefwahlstimmen ist die Mandatsverteilung in Niederösterreich nun klar. Über die Regionalwahlkreislisten werden für die Volkspartei nun folgende Mandatare in den künftigen Nationalrat einziehen:

- Angela Baumgartner (Wahlkreis NÖ Ost),
- Martina Diesner-Wais (Wahlkreis Waldviertel),
- Johann Höfing (Wahl- kreis NÖ Mitte),
- Carmen Jeitler-Cincelli (Wahlkreis Thermenregion),
- Andreas Minnich (Wahlkreis Weinviertel),
- Christian Stocker (Wahlkreis NÖ Süd) sowie

- Georg Strasser (Wahl- kreis Mostviertel). Über die Landesliste wer- den nach Beschluss des Lan-

desparteivorstandes folgen- de Mandatare in den Natio- nalrat einziehen:

- Gerhard Karner,

- Johannes Schmucken- schlager,
- Harald Servus und
- Lukas Brandweiner.

Über die Bundesliste wird Klaudia Tanner ihr Mandat annehmen.

Matthias Zauner, Landes- geschäftsführer der Volks- partei Niederösterreich: „Ich gratuliere allen gewählten Abgeordneten zu ihrem Ein- zug und wünsche ihnen al- les Gute für diese verant- wortungsvolle Aufgabe. Ich bin überzeugt, dass Niederös- terreich und seine Regionen auch in der kommenden Legislaturperiode mit ihnen über starke Vertreterinnen und Vertreter verfügt.“



Der neue Sitzungssaal im Wiener Parlament. Von den 183 Abgeordneten des neuen Nationalrats stellt zwölf die VP Niederösterreich.